

«Die Politik hätte früher reagieren sollen»

Bundesrat Ueli Maurer hat Stellung genommen zur Kritik am Nachrichtendienst. Er versprach Korrekturen, verteidigte aber gleichzeitig die Arbeit des Staatsschutzes.

Die Vorwürfe der parlamentarischen Aufsicht wiegen schwer: Der Nachrichtendienst habe in den vergangenen Jahren im Umgang mit Daten die Gesetze nicht eingehalten, steht im Bericht der Geschäftsprüfungsdelegation (GPDeI), der letzte Woche veröffentlicht wurde. Er habe auf Vorrat Daten gesammelt, ohne diese auf ihre Relevanz zu prüfen.

Bundesrat Ueli Maurer wies die Vorwürfe am Mittwoch nicht zurück: Er teile die Kritik weitgehend, sagte Maurer vor den Medien. «Ich bin auch etwas erschrocken, mit welcher Gründlichkeit da Dinge festgehalten werden», gestand der Verteidigungsminister. Das Verbesserungspotenzial sei tatsächlich gross.

Zwei Millionen Franken für Datenüberprüfung

Maurer versicherte denn auch, die Probleme rasch zu beheben. Um den immensen Pendenzenberg bei der Staatsschutz-Datenbank abzarbeiten, will er im laufenden und im nächsten Jahr je eine Million Franken einsetzen.

Dass es Probleme gebe, habe sein Departement schon vor mehr als einem Jahr festgestellt, als der ehemalige Inlandnachrichtendienst ins VBS übersiedelt wurde. Schon damals habe er den Auftrag für eine Inspektion gegeben und erste Massnahmen eingeleitet, sagte Maurer.

Die Ergebnisse der Untersuchung seien im Februar 2010 vorgelegen und in den GPDeI-Bericht eingeflossen. «Wir sind an der Umsetzung», sagte Maurer mit Verweis auf neue Richtlinien und stärkere Kontrollen. Garantien wollte Maurer aber nicht abgeben.

Zu späte Intervention der Politik

Der Verteidigungsminister spielte den Ball aber auch an die Politik zurück. Diese hätte früher reagieren müssen. «Der Nachrichtendienst hat jahrelang so gearbeitet, ohne dass die Politik intervenierte», sagte Maurer. «Unsere Mitarbeiter konnten davon ausgehen, dass sie ihren Job richtig machen.»

Weiter bezeichnete Maurer die gesetzlichen Grundlagen als widersprüchlich. So schreibe das Gesetz vor, zur Beobachtung «alles» zu sammeln. Gleichzeitig solle nur Staatsschutzrelevantes eingetragen werden.

Es sei eine ungeklärte Frage, was die Staatsschutz-Datenbank ISIS überhaupt sei und ob ein Eintrag einem Verdacht gleichkomme. Aus seiner Sicht handle es sich um eine Verdächtigendatenbank, sagte Maurer. Wenn nun bemängelt werde, dass sie zu viele Einträge enthalte, die nicht staatsschutzrelevant seien, stelle sich die Frage, was «staatsschutzrelevant» überhaupt bedeute.

Grundsatzdiskussionen über Sinn und Zweck

Maurer kündigte noch für das laufende Jahr eine Aussprache dazu im Bundesrat an. Grundsatzdiskussionen seien auch im Rahmen der geplanten Gesetzesrevision nötig, sagte Maurer. Der Entwurf für ein neues Gesetz soll in zwei bis drei Jahren vorliegen.

Im Zentrum steht dabei die Frage, ob der Nachrichtendienst mehr Spielraum für präventive Überwachung erhält. «Wir müssen klären, was der Nachrichtendienst dürfen muss», sagte Maurer. Er gab zu bedenken, dass Staatsschutz wichtig sei.

Bereits im Herbst soll der Bundesrat kleinere Gesetzesänderungen ans Parlament weiterleiten. Maurer kündigte ausserdem an, dass er das Computersystem des Staatsschutzes ersetzen will. «Es ist zu kompliziert, ich habe es nicht begriffen», stellte er fest.

Auch der Chef des Nachrichtendienstes, Markus Seiler, nahm bei der Präsentation des Jahresberichts kurz Stellung zu den Vorwürfen. Die Kritik der parlamentarischen Aufsicht habe einen positiven Effekt, sagte er. «Manchmal ist eine Ohrfeige besser, dann kommt der Kulturwandel.»

Basler Zeitung

8. Juli 2010

«Das ist schon ein starkes Stück»

Bundesrat Ueli Maurer hat sich in der Fichen-Affäre gestern demonstrativ vor die Nachrichtendienste gestellt. Doch was er sagte, lässt aufhorchen. Nicht nur Anita Fetz.

«Während Jahren hat die Politik nicht interveniert, also konnte der Mitarbeiter, der vor dem Computer sitzt, davon ausgehen, dass er seinen Job richtig macht. Ihm hat ja niemand gesagt, «du machst etwas falsch».» VBS-Chef Ueli Maurer machte gestern vor den Medien klar, dass er in der Fichen-Affäre zwar bei den Daten-Sammlungen aufräumen wolle. Weiteren Wirbel mag er aber nicht haben. Und schon gar keine Vorwürfe an seine Mitarbeiter.

Da schiebt er lieber den Ball zurück, zum Beispiel an diejenigen, welche die Sache losgetreten haben. Die Geschäftsprüfungsdelegation. Denn, was meint er anderes mit Politik, als die Aufsicht der Parlamentarier.

«Das ist sehr blauäugig von Maurer»

«Das ist schon ein starkes Stück», sagt Anita Fetz dazu. «Ich erwarte von einem Nachrichtendienst, dass er sich präzise ans Gesetz hält, ohne dass die Politik da immer nachschauen muss. Alles andere ist verfassungswidrig», so die Basler SP-Ständerätin zu bazonline.ch/Newsnetz. Auch Daniel Vischer kann den SVP-Bundesrat nicht verstehen. «Das ist sehr blauäugig von Maurer», so der grüne Zürcher Nationalrat zu bazonline.ch/Newsnetz.

Vischer sieht in Maurers gestriger Stellungnahme aber auch Kritik an den verantwortlichen Bundesräten. Und das geht von Samuel Schmid über Christoph Blocher bis zu Eveline Widmer-Schlumpf. Wenn schon Aufsicht, dann sind auch die Departementsvorsteher in der Pflicht. Das findet auch Fetz. Neben dem internen Inspektorat hätten die Departementsvorsteher bei der Aufsicht versagt. Und dazu gehört auch Blocher.

Maurer will mit den gleichen Leuten weitermachen

Die ganze Fichen-Affäre hat innerhalb der SVP schon zuvor für Zoff gesorgt. Der Schwyzer Ständerat und GPDel-Mitglied Alex Kuprecht hatte in einem Interview die Missstände im Inlandgeheimdienst als Führungsproblem bis hinauf zum zuständigen Bundesrat bezeichnet. Für diese Aussage musste er sich von anderen SVP-Parlamentariern einiges anhören. Der Zürcher SVP-Nationalrat wiegelt nun ab. Er mag in der ganzen Angelegenheit um die vom Nachrichtendienst gesammelten Daten keine grosse Geschichte sehen, wie er gegenüber bazonline.ch/Newsnetz darlegt.

Für die Ratslinke aber bleibt die Sache auf der Tagesordnung. Nicht zuletzt der Personalfrage wegen. Dazu Maurer gestern: «Ein grosses Köpferollen löst die Probleme nicht, da hätte die Politik früher reagieren müssen. Man kann nicht Leute 10 Jahre im Glauben lassen, sie machen alles gut und ihnen dann die Köpfe abhauen. Das war im Mittelalter so.»

«Das ist absurd, es braucht neue Köpfe»

Auch hiermit löst Maurer nur Kofpschütteln aus. «Das ist absurd, es braucht neue Köpfe», fordert Vischer vehement. Gleich tönt es bei Fetz. «Das betrachte ich als vollkommen falsch. Das sind ja zum Teil noch die gleichen Leute wie Anfangs 90er-Jahre.»

Ebensowenig kommen die Beteuerungen des neuen Chefs des Nachrichtendienstes NDB an, er wolle innerhalb seiner Behörde für einen «Kulturwandel» sorgen. Fetz winkt ab: «Mit den gleichen Leuten halte ich das für nicht möglich.»

Die Ständerätin geht sogar noch weiter. Sie fordert in der heiklen Behörde des Nachrichtendienstes nicht nur neue Köpfe, sondern einen ständigen Wechsel: «Die Leute müssten gestaffelt alle fünf Jahre ausgewechselt werden. Nur so kann Betriebsblindheit und Gruppendruck verhindert werden.»